

VBÄ - Zielwerte 2018-2019

UG	Oberste Organe/Ressortbezeichnung	2018	2019
01	Präsidenschaftskanzlei	81	81
02	Bundesgesetzgebung	430	430
03	Verfassungsgerichtshof	100	100
04	Verwaltungsgerichtshof	200	200
05	Volksanwaltschaft	78	78
06	Rechnungshof	312	312
10/25/32	Bundeskanzleramt	1.164	1.132
11/18	BM für Inneres	35.935	37.164
11/18	davon Exekutivdienst (inkl. AspirantInnen, SV Greco)	29.313	30.513
11/18	davon BM für Inneres exkl. Exekutivdienst	6.622	6.651
12	BM für Europa, Integration und Äußeres	1.182	1.162
13	BM für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz	11.939	11.728
14	BM für Landesverteidigung	21.502	21.504
15	BM für Finanzen	11.183	10.912
17	BM für öffentlichen Dienst und Sport	266	262
20/21	BM für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz	1.808	1.758
30/31	BM für Bildung, Wissenschaft und Forschung	45.917	45.841
30/31	davon Schulbetrieb Lehrpersonen	39.350	39.350
30/31	davon BM für Bildung, Wissenschaft und Forschung (exkl. Lehrpersonen)	6.567	6.491
40	BM für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort	1.947	1.886
41	BM für Verkehr, Innovation und Technologie	1.026	1.007
42	BM für Nachhaltigkeit und Tourismus	2.574	2.518
42	davon Schulbetrieb Lehrpersonen	486	486
42	davon BM für Nachhaltigkeit und Tourismus exkl. Schulbetrieb Lehrpersonen	2.088	2.032
	VBÄ-Zielwerte jeweils zum 31.12.	137.644	138.075

Mobilitätsprojekte/befristete Beschäftigung von EU-Poolisten:

An den bereits in den Vorjahren vereinbarten Mobilitätsmaßnahmen Post/Telekom und BMLV wird weiterhin festgehalten. Versetzungen auf zweckgebundene Planstellen, die bereits bei den aufnehmenden Ressorts im Personalplan vorgesehen sind, führen zu keiner Planstellenverschiebung bzw. Anpassung des VBÄ-Zieles. Sind Planstellen in definierten Mobilitätsprojekten für Versetzungen noch nicht im Personalplan vorgesehen, so erfolgt halbjährlich (Stichtag 1. Juni und 31.12.) eine Anpassung der VBÄ-Ziele.

Insgesamt sind im Innenressort 300 Planstellen des Exekutivdienstes, im Justizressort 30 zweckgewidmete Planstellen des Exekutivdienstes und im Finanzressort 70 Planstellen des Allgemeinen Verwaltungsdienstes bereits sowohl im Personalplan als auch bei den VBÄ-Zielen berücksichtigt. Ist die Personalmobilität im vorgesehenen Umfang durch Bedienstete der Landesverteidigung bzw. Post/Telekom-Beamtinnen und Beamte bis Ende 2019 nicht möglich, werden die VBÄ-Ziele in diesem Ausmaß adaptiert.

Gemäß Ministerratsbeschluss vom 26. August 2011 bzw. Ministerratsbeschluss vom 7. Juni 2017 sind Neuaufnahmen von Menschen mit einem Behinderungsgrad von 70% oder mehr bzw. EU-Poolisten (Bedienstete zur Unterstützung des EU-Ratsvorsitzes) von den Einsparungsvorgaben ausgenommen.